



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Leukämiefälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden

Drucksache 16/1819(neu)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die im Bericht der Landesregierung „Leukämiefälle im Raum Geesthacht/Elbmarsch“ (Drucksache 16/1165) dargestellten Aktivitäten des Sozialministeriums zur Aufklärung der Häufung von Leukämiefällen bei Kindern. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung des Landes an einer laufenden Studie des UKE Hamburg zu speziellen Aspekten der Ursachenforschung.

Im Rahmen der Anhörung im Sozialausschuss am 11. und 12. April 2007 im Niedersächsischen Landtag und der Studie „Epidemiologische Untersuchung zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK)“ wurde gefordert, dass zur Aufklärung der Ursachen für die Leukämiefälle in der Elbmarsch weitere Untersuchungen erforderlich sind. Die Untersuchungen sollen sich sowohl auf die Zeiträume vor als auch ab der Inbetriebnahme der kerntechnischen Anlagen beziehen. Bodenproben sind von mehreren Laboren, die voneinander unabhängig sind, keiner staatlichen Aufsicht unterstehen und vorzugsweise noch nicht mit in diesem Zusammenhang stehenden Untersuchungen in der Vergangenheit betraut wurden, nach aktuellem wissenschaftlichem Stand auf radioaktive und weitere leukämiefördernde Bestandteile hin zu untersuchen. Als weiteres sind neue medizinische Untersuchungen nach der KiKK-Studie nötig, um die Ursachen des erhöhten Krebsrisikos bei Kindern, die in der Nähe von KKW wohnen, zu erforschen. Hierbei sind aktuelle Studien zu berücksichtigen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung:

- über die Ergebnisse des vom niedersächsischen Landtag einstimmig beschlossenen Expertengesprächs unter der Moderation des Bundesamtes für Strahlenschutz zu berichten.
- Erneute Bodenbeprobungen und deren Untersuchungen sind mit der Landesregierung von Niedersachsen abzustimmen. Die für die Probeentnahme vorgesehenen Orte, mindestens zwei mit der Untersuchung zu beauftragenden Labore und deren Analysemethoden sind festzulegen. Die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch muss in dem Verfahren beteiligt werden, Anregungen und Vorschläge der Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch sind in die Beratungen einzubeziehen.
- Die Bundesregierung aufzufordern, das Elbmarschgebiet als Modellregion zur Aufklärung der Zusammenhänge zu erklären und weitere medizinische Untersuchungen nach der

KiKK-Studie in Auftrag zu geben. Dazu gehören auch Untersuchungen zu zeitlichen Zusammenhängen zwischen dem Auftreten der Leukämie im weitesten Sinne und dem Zeitraum vor der Inbetriebnahme, dem Normalbetrieb sowie den Zwischenfällen der kerntechnischen Anlagen.

Vor Beginn des Verfahrens und der Untersuchungen ist dem Sozialausschuss hierzu zu berichten.

Ursula Sassen
und Fraktion

Olaf Schulze
und Fraktion